



Presseschau vom 27.07.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

Dan-news.info: Das behördenübergreifende Komitee zu Fragen der Akkreditierung von humanitären Missionen in der DVR hat heute eine erweiterte Sitzung durchgeführt. Dies teilte der Leiter des Komitees, der Vorsitzende des Volkssowjets der Republik Denis Puschilin mit. „Ziel des heutigen Treffens war die Bestätigung einer Regelung für die Durchführung von Akkreditierungen von internationalen Organisationen, bei der einige Verbesserungen in der Frage der rechtmäßigen Anwesenheit und Aktivität auf dem Territorium der DVR eingefügt wurden. Wir sind nach wie vor offen für die Zusammenarbeit mit allen Organisationen, die unsere Bürger uneigennützig unterstützen“, unterstrich der Sprecher des Parlaments nach Information seines Pressedienstes.

Nach den Worten Puschilins fand die Sitzung im Zusammenhang mit dem Erlass Nr. 231 des Oberhauptes der DVR statt, der eine Bestätigung einer neuen Regelung zur Zusammensetzung des behördenübergreifenden Komitees vorsieht.

Nach Angaben des Pressedienstes des Vorsitzenden des Volkssowjets nahmen an der Sitzung Vertreter von Ministerien der Republik teil – Zivilschutzministerium, Sozialministerium, Finanzministerium, Gesundheitsministerium, Bildungs- und Wissenschaftsministerium, Bauministerium, Transportministerium, Staatssicherheitsministerium, Innenministerium, Ministerium für Einnahmen und Abgaben - sowie der Kontroll- und Revisionsabteilung der Administration des Oberhauptes der DVR.

Auf der Sitzung wurden Fragen erörtert, die mit der Behandlung und Bestätigung einer Regelung zur Akkreditierung humanitärer Missionen und internationaler Organisationen

sowie einer Regelung für die Arbeit des behördenübergreifenden Komitees verbunden sind.

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **9 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Kalinowo, Krasnyj Jar, Perwomajsk** sowie die Umgebung des **Denkmals des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen. Zerstörungen und Verletzte unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Donbass-Hilfsgüter aus Russland: 67. Konvoi unterwegs nach Donezk und Lugansk.

Das russische Zivilschutzministerium hat laut seinem Pressedienst bereits den 67. Konvoi mit humanitären Hilfsgütern in den ostukrainischen Donbass entsandt. Er soll mehr als 600 Tonnen Hilfsgüter in die Region bringen.

„Vom Don-Rettungszentrum des Zivilschutzministeriums im Gebiet Rostow ist der Lkw-Konvoi mit Hilfsgütern für die Regionen Donezk und Lugansk gestartet“, heißt es in der Mitteilung.

Die Lkw haben demnach mehr als 600 Tonnen Hilfsgüter geladen, vor allem Nahrungsmittel, Medikamente, Baumaterialien sowie Lehrbücher zum neuen Schuljahr.

Unterwegs wird sich der Konvoi wie immer aufteilen: Ein Teil wird den Grenzkontrollpunkt „Donezk“, der andere den Kontrollpunkt „Matwejew Kurgan“ passieren. Dort werden die Lkw vom russischen und ukrainischen Zoll kontrolliert. Erst dann setzen sie ihre Fahrt nach Donezk und Lugansk fort.

Seit August 2014 schickt Russland regelmäßig Hilfskonvois zur Unterstützung der Donbass-Bewohner – bislang insgesamt schon mehr als 69.000 Tonnen Hilfsgüter.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Umsturz im Februar 2014 in Kiew ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Nach jüngsten Angaben der Uno hat der Konflikt bisher mehr als 10.000 Menschenleben gefordert.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31676/57/316765797.jpg>

Lug-info.com: Der 67. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in Lugansk eingetroffen.

Das Zivilschutzministerium der LVR teilte mit, dass heute 15 Lastwagen etwa 196 Tonnen verschiedener Güter geliefert haben. Darunter sind 134,8 Tonnen Kindernahrung, 43 Tonnen Medikamente, 3,7 Tonnen medizinisches Material, 12,4 Tonnen Baumaterialien sowie 2 Tonnen Schulbücher.

de.sputniknews.com: Gegenseanktionen auf Agenda: Zyprien warnt USA vor Handelskrieg. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) hat angesichts der von den USA im Alleingang auf den Weg gebrachten neuen Anti-Russland-Sanktionen vor einem Handelskrieg mit der Europäischen Union gewarnt. Dies meldet die Agentur Reuters.

„Das wäre ganz schlecht“, sagte Zypries am Donnerstag in der ARD zu einem möglichen Handelskrieg.

Die Ministerin hoffe zwar nicht, dass Washington die Sanktionen zielgerichtet beschlossen habe, um der EU zu schaden. „Allein das Ergebnis ist so, dass unsere Unternehmen Schaden haben können“, sagte Zypries.

Der Ministerin betonte, dass die EU bereits Gegenmaßnahmen diskutiere. „Es gibt die Möglichkeit von Gegenseanktionen, das sieht die Welthandelsorganisation so vor“, sagte Zypries. „Und dann könnte man andere Sanktionen ergreifen.“ Ziel müsse dabei bleiben, den Handel zu fördern...

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschuss und dessen Folgen

„Durch nächtlichen Beschuss auf **Jasnoje** (bei Dokutschajewsk) wurden zwei Häuser und eine Niederdruckgasleitung in der Bogdan-Chmelnizkij-, der Zentralnaja- und der Melnikow-Straße beschädigt“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **43 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurden Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, teilte das operative Kommando mit.

Von den ukrainischen Einheiten wurde **16 frontnahe Ortschaften der Republik beschossen**.

de.sputniknews.com: Wovon Russland-EU-Beziehungen bald abhängen werden, erklärt Russlands EU-Botschafter:

Die weitere Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Union wird laut dem Ständigen Vertreter Russlands bei der EU, Wladimir Tschischow, vor allem von Brüssels Reaktion auf die neuen US-Sanktionen gegen Moskau abhängen.

„Ich kann ganz offen sagen, dass die künftige Richtung unseres Zusammenwirkens mit der EU davon abhängen wird, wie sie sich in dieser Situation verhalten wird“, so Tschischow gegenüber dem russischen TV-Sender „Rossija 24“.

Am Dienstag hatte das Repräsentantenhaus des US-Kongresses dem Gesetzentwurf über Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea zugestimmt. Er wurde mit 419 gegen drei Stimmen angenommen. Nun soll das Dokument an den US-Senat weitergeleitet werden. Wird es angenommen, muss es dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Der Kreml den Entwurf bereits „äußerst negativ“ bewertet.

Zuvor hatte der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu aufgerufen, unverzüglich eine Antwort der Europäischen Union an die USA auf die mögliche Verhängung

neuer Russland-Sanktionen vorzubereiten, wozu er eine Sitzung der Europäischen Kommission einberufen hatte.

Dnr-online.ru: In Donezk ist der 67. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands eingetroffen. Insgesamt wurden 410 Tonnen Güter geliefert, darunter Kindernahrung, medizinisches Material und Medikamente, Baumaterialien und anderes. „Es ist Kindernahrung für Kinder von 1 bis 3 Jahren eingetroffen, die von staatlichen Kommission entsprechend dem Erlass des Oberhaupts der DVR Nr. 210 verteilt werden wird. Ebenfalls sind medizinische Materialien und Medikamente für das Gesundheitsministerium der DVR, Literatur für Kinder für die zentralen Bibliotheken sowie Baumaterialien für das Ministerium für Jugend, Sport und Tourismus der DVR eingetroffen. Wir danken für die Hilfe, die uns die RF leistet“, sagte der stellvertretende Direktor der Abteilung zur Arbeit mit humanitärer Hilfe und Kontrolle über den Wiederaufbau von Objekten des Zivilschutzministeriums der DVR Oleg Jakowlew.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Kiew träumt vom großen Krieg – unterstützt von Washington.**

In der Ukraine beginnt im August eine außerordentliche Einberufung zum Wehrdienst. Kiew begründet das mit Russlands jüngsten Aktivitäten im Grenzraum sowie mit der für September anberaumten russisch-weißrussischen Übung „Sapad 2017“ („Westen 2017“). Damit beschäftigt sich die Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" am Donnerstag.

Der ukrainische Generalstabschef Viktor Muschenko verwies vor einigen Tagen darauf, dass Russland in der Nähe der Grenze zur Ukraine drei motorisierte Schützendivisionen stationiert habe. Angesichts der Technik, über die diese Kräfte verfügen, schlussfolgerte er, dass „diese russischen Divisionen im Grunde Schlagkräfte sind und für intensive Offensivhandlungen bestimmt sind“.

Der frühere Vizechef des Generalstabs, Igor Romanenko, schrieb in einem Zeitungsbeitrag, dass Moskau diese Entscheidung bereits im vorigen Jahr getroffen habe: „Dorthin wurden tatsächlich neue Waffen verlegt, beispielsweise T-90A-Panzer und selbstfahrende Artillerieanlagen. In den Militärbezirken West und Süd befinden sich bereits drei Armeen, unter anderem eine Panzerarmee. Panzer sind, soweit wir verstehen, keine Defensivwaffe.“

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, kommentierte die Äußerungen der ukrainischen Seite so: „Die Russische Föderation ist berechtigt, die Konfiguration der Streitkräfte auf seinem Territorium so zu verändern, wie sie das für nötig hält.“

Zugleich sprach er über mögliche Lieferungen von amerikanischen „letalen Waffen“ an die Ukraine. Das provoziert nach seinen Worten neue Spannungen an der Trennungslinie in der Ostukraine und würde „die Regelung dieser innenpolitischen Angelegenheit in der Ukraine in weite Ferne schieben“.

Dass Washington solche Waffenlieferungen an Kiew erwägt, hatte vor einigen Tagen der Sprecher des US-Außenministeriums, Kurt Volker, geäußert. Bei einem Treffen mit ukrainischen Journalisten, Abgeordneten und Beamten erwähnte er mehrmals, dass die USA die Situation in der Donbass-Region nicht für einen inneren Konflikt halten, sondern für einen Konflikt unter Beteiligung Russlands.

Zudem sagte Volker in einem Radiointerview: „Russland befindet sich schon mit allen seinen schweren Waffen in der Ukraine. Dort gibt es mehr russische Panzer als die Panzer aller Länder Westeuropas zusammen.“ Zudem verwies der US-Diplomat auf die hohe Konzentration russischer Truppen an der ukrainischen Grenze. Zwar sei es Russlands gutes

Recht, auf seinem Territorium „so viele Militärs unterzubringen, wie sie wollen“, aber Washington mache sich auf verschiedene Szenarien gefasst.

In den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk wurde diese Aussage nicht überhört. Der Donezker Unterhändler in der Minsker Kontaktgruppe, Denis Puschilin, sagte, die USA würden im Falle der Lieferung von „letalen Waffen“ an Kiew „nur eine weitere Anspannung der Lage an der Trennungslinie und die Eskalation des Konflikts im Allgemeinen auslösen“. Der Lugansker Unterhändler Wladislaw Dejnego sagte, die Verteidiger der „Volksrepubliken“ würden die US-Waffen, falls diese tatsächlich geliefert werden, mit Sicherheit in ihre Hände bekommen. Zugleich zeigte er sich überzeugt, dass Kiew keine Defensivwaffen brauche. „Wo sieht er (Volker) denn einen Anlass, dass sich die Ukraine verteidigen muss? Vielleicht verstehen wir etwas nicht, aber wir greifen die Ukraine überhaupt nicht an.“

Die beiden bedauerten ferner, dass Volker während seiner Donbass-Reise die von den „Volksrepubliken“ kontrollierten Gebiete nicht besucht hatte. Der Mangel an Informationen von der anderen Konfliktseite hat Puschilin und Dejnego zufolge die Meinung des US-Diplomaten wesentlich beeinflusst. Sie bestehen darauf, dass „die Einwohner des Donezbeckens den ukrainischen Okkupationskräften im Kampf um ihre Unabhängigkeit widerstehen“, während Russland ihre Volksheere nur moralisch unterstütze. In Kiew wird dagegen behauptet, die ganze Situation im Donezbecken sei von Moskau inspiriert und organisiert worden, wobei es auch seine Truppen in die Ukraine eingeführt habe.

In den USA wird Kiews Auffassung geteilt. Allerdings musste eine andere Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, Volkers Äußerungen in einem Pressegespräch relativieren: „Manchmal holen die Schlagzeilen den einen oder anderen Prozess ein. Es gab eine Schlagzeile, mit der gemeint wurde, wir würden das, was Sie eben beschrieben haben, schon tun. (...) Aber das tun wir nicht. Die USA lieferten keine Defensivwaffen an die Ukraine, schließen aber nicht aus, dass sie geliefert werden.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31677/03/316770302.jpg>

Lug-info.com: Die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR haben im Ergebnis des abschließenden Auswahlverfahrens das Jugendparlament der Republik zusammengestellt. Dies teilte heute der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Wladimir Degtjarenko mit. „Gestern haben wir die abschließende Auswahl getroffen, die abschließenden Gespräche mit Kandidaten für Abgeordnete im Jugendparlament, deshalb können heute die Ergebnisse bekannt gegeben werden. Insgesamt haben wir mehr als 300 Gespräche geführt, das war eine große Arbeit, anderthalb Monate haben wir mit unseren Kandidaten gearbeitet“, berichtete er. „Es war eine interessante Arbeit, sagen wir so, die Jugend ist sehr perspektivreich, ich bin überzeugt, dass im nächsten Jahr die Auswahl noch interessanter sein wird und es mehr

Bewerber geben wird, weil es trotz allem nicht so viel Zeit für die Kandidaten gab, um zu erfahren, dass die Kampagne eröffnet wurde, dennoch gab es mehr als 200 Bewerbungen“, sagte der Vorsitzende des Parlaments.

„Ich will allen Kandidaten, die nicht in das Jugendparlament gekommen sind, versichern, dass sie Abgeordnete der Jugendparlamente auf regionaler Ebene werden, das heißt in ihren Städten und Bezirken, weil bei jeder Verwaltung solche Jugendparlamente gebildet werden“, unterstrich Degtjarenko.

Der Vorsitzende des Volkssowjets berichtete, dass unter den Kandidaten am populärsten die Komitees für Fragen des Gesundheitswesens, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Arbeit und Sozialpolitik, Familie, Jugend, Sport und Tourismus sowie die Komitees zu Gesetzgebungsfragen, Staatsaufbau, Innovations- und Regulierungspolitik, örtliche Selbstverwaltung und Organisation der Arbeit des Volkssowjets waren.

Im Ergebnis des Auswahlverfahrens wurden in den Jugendvolkssowjet 75 Parlamentarier im Alter von 19 bis 28 Jahren gewählt, unter ihnen sind 14 Vertreter der Kinder- und Jugendorganisation „Junge Garde“ der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“. Eine Liste aller Jugendparlamentarier wird bald auf der Seite des Volkssowjets veröffentlicht werden.

de.sputniknews.com: **Neues Gesetz: Israel feiert Sieg über Nazi-Deutschland nun mit Russland.**

Das israelische Parlament, die Knesset, hat den 9. Mai zum Tag des Sieges über Hitler-Deutschland und damit zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Ein entsprechendes Gesetz wurde am Mittwoch einstimmig verabschiedet.

„Für die Veteranen, auch in Israel, hat der 9. Mai eine besondere Bedeutung“, sagte der Autor des Gesetzes, Oded Forer, von der Partei Israel Beitenu im israelischen Fernsehen. An diesem Tag werde der Rettung der Menschheit vor dem Faschismus gedacht.

Zuvor hatten die Knesset und die russische Staatsduma in einem gemeinsamen Appell an die europäischen Parlamente die Verunglimpfung des Andenkens sowjetischer Soldaten und der Holocaust-Opfer verurteilt. Anlass für den Appell war das neue Gesetz in Polen, nach dem sowjetische Kriegsdenkmäler abgebaut werden sollen.

Am 9. Mai wird in Russland und mehreren postsowjetischen Staaten der Sieg über das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg und damit das Ende des „Großen Vaterländischen Krieges“ begangen. In den westlichen Ländern steht jedoch der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung für das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. In Israel galt der 9. Mai bislang als nationaler Gedenktag.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31676/93/316769339.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die ukrainische Seite verletzt weiterhin den Waffenstillstand.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner aktiv Panzer, Mörser und Schusswaffen verwendet. Auf **elf Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 16 Panzergeschosse sowie 41 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 21 des Kalibers 82mm abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** und **Mariupol** hat der Gegner aktiv mit Granatwerfern und Schusswaffen **fünf Ortschaften** und die umliegenden Gebiete beschossen.

Bei der Verteidigung der Republik wurde **ein Soldat verletzt**.

Beim Beschuss von Dokutschajewsk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden fünf Häuser beschädigt.

Außerdem wurde eine Niederdruckgasleitung in der Zentralnaja-Straße beschädigt. Die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten sind in Gang.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **43 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Unsere Aufklärung hat die **Anwesenheit von Instruktoren aus Kanada** im Gebiet von Awdejewka im Verantwortungsbereich der 72. mechanisierten Brigade festgestellt. Außerdem ist im Gebiet der Eisenbahnstation Majorsk ein Zug von Scharfschützen der 128.

Gebirgssturmbrigade zur Erfüllung von Kampfaufgaben eingetroffen.

Uns wurde eine weitere Provokation bekannt, die vom sogenannten Stab der „ATO“ geplant wurde. Gestern Abend wurden alle schweren Waffen und Mörser des 2. Bataillons der 92. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka nach Ugledar abgezogen. Auf den Positionen blieb nur Personal mit Schusswaffen und einem Munitionsvorrat zurück. Den Soldaten selbst versprach das Kommando der 92. mechanisierten Brigade in der nächsten Zeit eine Rotation durchzuführen. Aber bis jetzt gibt es keine Einheiten, die für die Rotation eingeplant sind. Gleichzeitig wurde 30 km nördlich von Donezk eine Konzentration von Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, „Smertj“ und „Grad“ bemerkt.

Wir nehmen an, dass das **Ziel der Provokation die Eröffnung des Feuers mit den genannten Mehrfachraketenwerfern** auf die Positionen des 2. Bataillons der 92. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka sein wird, **um anschließend die Streitkräfte der DVR zu beschuldigen**.

So genannte ukrainische Patrioten, die formal zu den regulären Einheiten der ukrainischen Streitkräfte gehören, haben ihre negative Einstellung zur Bevölkerung des Donbass nicht geändert, selbst nicht zu den Bürgern, die auf dem zeitweilig von Kiew besetzten Territorium leben. Die **Nationalisten** halten die friedlichen Bürger weiterhin für Menschen dritter Klasse und begehen ihnen gegenüber **ungestraft praktisch alle Verbrechen**, die im Strafgesetzbuch der Ukraine vorgesehen sind.

So haben am 22. Juli einige Soldaten der 81. Luftlandebrigade, die ihre Zeit feiernd in Drushkowka verbrachten, im alkoholisierten Zustand eine junge Frau belästigt und einen Vergewaltigungsversuch unternommen. Als sie dies sahen, haben nicht gleichgültige Einwohner von Drushkowka die Willkür der „Elite“ der ukrainischen Streitkräfte verhindert, indem sie ihnen gegenüber physische Gewalt anwandten. Derzeit befinden sich die erfolglosen Vergewaltiger mit zahlreichen Verletzungen in Tschasow-Jar im Krankenhaus. Einer der Luftlandesoldaten mit Namen Kryslow befindet sich mit einem Hirn-Schädel-Trauma und einer Gehirnerschütterung in einem kritischen Zustand.

Am Abend des 24. Juli haben drei Soldaten der 28. mechanisierten Brigade im Gebiet von Bodanowka, die ordentlich „einen gehoben hatten“, beschlossen das Besäufnis fortzusetzen. Die ukrainischen Soldaten betreten ein Geschäft und verlangten von der Verkäuferin, ihnen Wodka und Lebensmittel als kostenlose Unterstützung für die „Verteidiger der Ukraine“ zur Verfügung zu stellen. Als die Frau sich weigerte ihre Forderung zu erfüllen, wurde sie heftig

geschlagen, danach haben die Soldaten das Geschäft ausgeraubt. Außerdem haben die sogenannten „Verteidiger“ aus der 28. mechanisierten Brigade einem in diesem Moment eintreffenden Käufer schwere Körperverletzungen zugefügt, ihm sein Geld abgenommen und sind dann ruhigen Herzens an ihren Stationierungsort zurückgekehrt.

de.sputniknews.com: Poroschenko freut sich über neues „Phantom“.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat auf Twitter erfolgreiche Tests eines unbemannten Schützenpanzerwagens vom Typ „Phantom-2“ gemeldet.

Poroschenko schrieb: „Leistungsstark und effektiv. Er hat seine Robustheit bei erfolgreichen Übungen bewiesen.“

Der unbemannte Schützenpanzerwagen wurde nach Hinweisen der ukrainischen Militärs verbessert, wie die Website „112Ukraine“ berichtet.

„So bekam Phantom-2 statt der 6x6- die neue 8x8-Antriebsformel. Die Modernisierung bietet mehr Nutzlast und ermöglicht, stärkere Waffen darauf zu installieren.“



<https://gs-img.112.ua/585x351/2017/07/27/306511.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner **neunmal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowka, Perwomajsk, Krasnyj Jar, Kalinowo und im Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor**. Der Gegner verwendete bei den Beschüssen 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 215 Mörser- und Granatgeschosse abgeschossen.

Die **großflächigen Diebstähle** bei den ukrainischen Streitkräften haben kolossale Ausmaße angenommen.

Neben dem Verkauf von Treibstoffen, Material und Lebensmitteln haben sich die ukrainischen Soldaten eine neue Methode zum Geldverdienen in der Form des Verkaufs von großkalibriger Munition, die sie zerlegt an Altmetallannahmestellen und die Pulverladungen einzeln verkaufen.

Diese Art des Hinzuverdienstes hat schon zu weiteren nicht kampfbedingten Verlusten in eine Panzerbataillon der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte geführt, wo in der Folge einer Detonation einer Ladung ein Soldat starb und zwei weitere schwer verletzt wurden.

In nur einem Monat haben der Sicherheitsdienst der Ukraine und das Innenministerium der

Ukraine bereits mehr als 40 Strafverfahren bezüglich Diebstahl und Verkauf von Militäreigentum eingeleitet.

Die ukrainische militärisch-politische Führung zieht wie zuvor eine Lösung des Konflikts im Donbass auf militärischem Weg in Betracht und führt dazu weiterhin eine Umgruppierung von Truppen durch und verstärkt die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte an der Abgrenzungslinie.

So wurde von uns eine Verlagerung von Artillerietechnik im Verantwortungsbereich der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoajdar entdeckt, mit dem Ziel einer weiteren Verlagerung an die Kontaktlinie und die Durchführung verbrecherischer Provokationen.

Außerdem ist aus zuverlässigen Quellen bekannt, dass derzeit im Gebiet des Bergwerks „Rodina“ in Solotoje von ukrainischen Soldaten Arbeit zur Ausrüstung von Feuerpositionen durchgeführt werden.

All dies zeugt davon, dass die ukrainische Führung auf alle Friedensvereinbarungen spuckt, Maßnahmen zur Eskalation des Konflikts im Donbass durchführt, Einheiten gewaltsam an der Kontaktlinie festhält und die Soldaten so zwingt, Mittel zu ihrer Existenz zu beschaffen.

de.sputniknews.com: **Putin ernennt neuen ständigen UN-Botschafter Russlands**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat den Vizeaußenminister Wassili Nebensja zum ständigen Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York ernannt, hieß es auf der offiziellen Webseite des Kremls.

Putin unterzeichnete den entsprechenden Erlass und befreite Nebensja mit einem anderen von seinem Amt als Vizeaußenminister. Nebensja soll Russland außerdem im UN-Sicherheitsrat vertreten.

Zuvor hatten die Auswärtigen Ausschüsse im Föderationsrat (russisches Oberhaus) und in der Staatsduma (Unterhaus) Nebensjas Kandidatur gebilligt.

Der bisherige UN-Botschafter Russlands, Witali Tschurkin, war am 20. Februar nach einem Herzanfall in New York gestorben. Danach übernahm Tschurkins Stellvertreter Pjotr Iljitschow kommissarisch das Amt.

Wassili Nebensja war von 1996 bis 2000 Berater des damaligen UN-Botschafters Russlands, Sergej Lawrow. 2006/2011 war Nebensja als stellvertretender Botschafter bei der Welthandelsorganisation (WTO) tätig. Als Vizeaußenminister arbeitete Nebensja ab 2013.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31677/37/316773713.jpg>

Dan-news.info: Ein Denkmal für die im Verlauf der Kämpfe getöteten Gorlowker wurde heute feierlich eingeweiht. Die Veranstaltung fand am 3. Jahrestag des ersten Beschusses von Gorlowka durch die ukrainische Armee im Zentrum der Stadt statt.

An der Einweihungszeremonie nahmen der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin, die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larissa Poljakowa, der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko, Parlamentsabgeordnete und Einwohner teil. Insgesamt versammelten sich etwa 1000 Menschen.

„Gorlowka war eine sehr friedliche Stadt des Donbass, hier tobte das Leben. Doch seit einiger Zeit ist diese Stadt eine Festung geworden, die den Angriff unserer Gegner abwehrt“, sagte Puschilin zu den Anwesenden. „Dieses Denkmal wird die Nachkommen an die Ereignisse erinnern, die jetzt in der Republik geschehen. Ich bin überzeugt, dass wir das gesetzte Ziel erreichen können, aber wir müssen auch das Andenken derer ehren, die auf dem schwierigen Weg zum Sieg gefallen sind“.

Vor der Einweihung des Denkmals lasen Priester eine Totenmesse für die Einwohner von Gorlowka, die während der Kämpfe im Donbass getötet wurden. Dann weihten Puschilin und Prichodko das Denkmal feierlich ein, indem sie das weiße Tuch herunterzogen. Das Denkmal ist aus Marmor und enthält einige Elemente, darunter Platten mit den Namen der Toten und die Statue eines trauernden Engels. Die Aufschrift lautet: „Ewiges Gedenken den Einwohnern von Gorlowka, die in der Folge der Aggression Kiews zwischen 2014 und 2017 getötet wurden“.

„Was wollten die Menschen des Donbass? Sie wollten einfach ruhig leben, zum Wohl ihrer Heimat arbeiten. Doch plötzlich kam Elend in unser Haus. In Kiew wurde die Macht ungesetzlich ergriffen und wir haben dem nicht zugestimmt. Jetzt zahlen wir dafür leider einen hohen Preis. Und unser Ziel ist es, an die zu erinnern, die ihr Leben für unsere Freiheit gegeben haben“, sagte Prichodko.

Nach der offiziellen Einweihung fand am Denkmal ein Trauerkonzert statt. Sänger aus der Region sangen Lieder über Gorlowka, die Arbeit und den Mut seiner Einwohner. Kinder rezitierten Gedichte über den Krieg. Die Anwesenden ehrten das Andenken der toten Mitbürger mit einer Schweigeminute. Es wurden Blumen niedergelegt. Viele Einwohner konnten die Tränen nicht zurückhalten, als sie auf den Marmorplatten die Namen ihrer getöteten Verwandte und Freunde lasen.

Wir merken an, dass am 27. Juli 2014 ukrainische Soldaten der erste Mal Gorlowka beschossen, damals starben 22 Menschen. In der Stadt wird dieser Tag „blutiger Sonntag“ genannt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/07/dan-news.info-2017-07-27_11-40-18_417418-----9-1024x678.jpg

de.sputniknews.com: „Einander mit RT erschrecken“: Simonjan nennt Hauptunterhaltung von US-Senatoren:

Die RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan hat eine neue Erwähnung des russischen Senders in Sitzungen des US-Senats kommentiert.

„Die Hauptunterhaltung amerikanischer Senatoren ist, einander mit RT zu erschrecken. Sie sollten lieber angeln fahren“, sagte Simonjan.

Anfang Juni hatten die demokratischen US-Kongressabgeordneten David Cicilline und Matt Gaetz in den US-Senat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die ausländischen Medien in den USA verpflichten soll, sich als Auslandsagenten registrieren zu lassen und über ihre Aktivitäten dem Justizministerium Bericht zu erstatten.

US-Aufklärungsdienste haben am 7. Januar behauptet, der russische Präsident Wladimir Putin habe angeordnet gehabt, eine Einflusskampagne während der Präsidentenwahl in den USA 2016 zu organisieren. Daran sollen unter anderem russische Hacker und der TV-Sender RT beteiligt gewesen sein.

In den USA häufen sich in der letzten Zeit verbale Angriffe von Medien und offiziellen Persönlichkeiten gegen russische Journalisten. So hat beispielsweise die „Washington Post“ die Agentur Sputnik und den TV-Sender RT der Voreingenommenheit und der Verbreitung „falscher Nachrichten“ beschuldigt. Kurz darauf gab die Zeitungsreaktion jedoch zu, dass sie keine Beweise für die Glaubwürdigkeit der in ihrem Beitrag dargelegten Informationen anführen könne.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31644/80/316448069.jpg>

Dan-news.info: Die ukrainischen Behörden behindern Einwohner des von Kiew kontrollierten Teils des Donezker Oblast und anderer Regionen der Ukraine, ihre Ausbildung in der DVR zu machen. Dies teilte heute der Pressedienst des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR mit.

„Seit Beginn der Einschreibungskampagne in der DVR haben sich die Mitteilungen von Einwohnern der zeitweilig von Kiew kontrollierten Territorien des Donezker Oblast und anderer Regionen der Ukraine mit Beschwerden über die Handlungen der ukrainischen Behörden gehäuft, die in jeder Weise die behindern, die in der Republik ihre Ausbildung machen wollen“, teilte der Pressedienst mit.

Dort wurde erläutert, dass die am meisten verbreitete Herangehensweise ukrainischer Beamter eine massenhafte fehlerhafte Ausstellung von Schulzeugnissen ist, bei denen vorsätzliche Fehler in die Vornamen und Familiennamen der Absolventen eingebaut werden.

„Dabei hat sich gerade in der Sommerzeit das Passierregime an den ukrainischen Checkpoints verschärft, an denen sich die Fälle häufen, wo jungen Leuten die Reise auf das Territorium der Republik verweigert wird. Gemäß den bei uns eintreffenden Informationen werden hier auch Dokumente beschädigt, die die Identität einer Person bestätigen. Dies betrifft nicht nur Bürger der Ukraine, sondern auch Vertreter ausländischer Staaten, die auf dem Territorium der Republik studieren wollen“, fügte der Pressedienst hinzu.

Außerdem wird in ukrainischen Schulen offen erklärt, dass Zweitschriften von Dokumenten für Absolventen erst nach Beendigung der Einschreibungskampagne in den republikanischen Hochschulen erfolgen wird - Ende August. Es ist anzumerken, dass auch massenhaft die Ausgabe von Pässen an Personen, die sie bei Erreichung des 14. Lebensjahrs erhalten müssten, verzögert wird und in einigen Bildungseinrichtungen wurde versucht, den Eltern die Pässe abzunehmen, damit sie es sich „anders überlegen“.

„Solche Handlungen ukrainischer Beamter und weiterer Amtspersonen sind im höchsten Maße zynische und kriminelle Erscheinungen einer primitiven Xenophobie sowohl gegenüber den Einwohnern des Donbass als auch gegenüber den eigenen Bürgern“, fasste das Ministerium zusammen.

Die Einschreibungskampagne in den Einrichtungen mittlerer und höherer Berufsbildung der DVR wurde für Abiturienten von zeitweise von der Ukraine kontrollierten Gebiet bis zum 10. September dieses Jahres verlängert.

de.sputniknews.com: de.sputniknews.com: Putin: Russland zu Sanktionen geduldig – muss aber irgendwann auf Frechheit reagieren.

Russland verhalte sich unter den Bedingungen der Sanktionen ziemlich geduldig und beherrscht, werde allerdings irgendwann gezwungen sein, auf die Frechheit zu reagieren, sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem finnischen Amtskollegen Sauli Niinistö.

„Wir verhalten uns, wie Sie wissen, sehr beherrscht, geduldig, an einem gewissen Zeitpunkt werden wir aber antworten müssen“, sagte Putin. „Es ist unmöglich, die Frechheit gegenüber unserem Land endlos zu dulden.“

Die Antwort werde von der endgültigen Variante des Gesetzes, das derzeit im US-Senat behandelt werde, abhängen. Jedenfalls sei dies ein Versuch, die geopolitischen Vorteile im Konkurrenzkampf mit dem Ziel auszunutzen, seine eigenen Wirtschaftsinteressen auf Kosten von Verbündeten durchzusetzen und zu sichern, so der russische Staatschef weiter.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31677/68/316776831.jpg>

Dan-news.info: „Die Arbeiten zur Rekonstruktion der Hochspannungsleitung zwischen den Unterstationen „Jushnaja-330 kW“ (DVR) und „Schterowskaja GRES-110kW“ (LVR) sind abgeschlossen. Dies sichert einen zuverlässigen Transit von Strom zwischen den beiden Republiken. Die Gesamtlänge der wiederaufgebauten Hochspannungsleitung beträgt etwa 12 km“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Die Arbeit zur Rekonstruktion der Unterstation „Jushnaja“ haben schon 2015 begonnen. Im Rahmen der Verwirklichung der ersten Etappe des Programms zum Wiederaufbau von Energetikobjekten, die von den Kämpfen betroffen waren, wurde ein Autotransformator ausgetauscht. In diesem Jahr wurde bereits im Rahmen der zweiten Etappe die Rekonstruktion der 110-kW-Leitung durchgeführt, die von dieser Unterstation zur „Schterowskaja-GRES“ führt.

de.sputniknews.com: AHK: „US-Sanktionen gefährden Energiesicherheit Europas und Wirtschaft Deutschlands“.

Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) hat am Donnerstag in einer Pressemitteilung die neuen US-Sanktionen gegen Russland heftig kritisiert. Sie gefährden demnach die deutsche Wirtschaft vor Ort und sorgen für neue Konfliktfelder.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum die USA erstmals unilateral die Grundlage für neue Sanktionen schaffen wollen“, so Rainer Seele, Präsident der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer.

Er fügte hinzu: „Die geplanten US-Sanktionen gefährden die Energiesicherheit Europas, das auch in Zukunft Gaslieferungen aus Russland brauchen wird, und die deutsche Wirtschaft in Russland.“

Dadurch werde der Technologietransfer untergraben und die Unternehmen verunsichert, sagte

Seele, auch CEO des OMV-Energiekonzerns, der am Nord Stream 2-Projekt von europäischer Seite teilnimmt. „Die Sanktionen treiben den Protektionismus voran und schaffen neue Konfliktfelder“, sagte er.

Wie aus einer gemeinsamen Geschäftsklima-Umfrage der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer und des Ost-Ausschusses hervorgeht, sind 91 Prozent der 190 befragten deutschen Unternehmen in Russland gegen die Sanktionen.

„Die neuen Sanktionen aus Washington spitzen die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen weiter zu“, so AHK-Vorstandsvorsitzender Matthias Schepp.

Er erläuterte: „Die europäische Politik ist jetzt gefragt, zu verhindern, dass US-Sanktionen über ihre extraterritoriale Wirkung europäische und deutsche Unternehmen in ihrem Russland-Geschäft beeinträchtigen.“ ...

Lug-info.com: Die LVR bittet die Weltöffentlichkeit, eine rechtliche Bewertung der Handlungen der Kiewer Truppen abzugeben, die Verwandte von Soldaten der Volksmiliz der LVR als Geiseln festhalten. Dies erklärte heute auf einer Pressekonferenz die Vertreterin der LVR in der Unterarbeitsgruppe zu humanitären Fragen der Kontaktgruppe, die Leiterin der Arbeitsgruppe zum Gefangenenaustausch der LVR Olga Kobzewa.

„Heute möchten wir zur allgemeinen Betrachtung die Situationen vorstellen, in der sich Menschen befinden, die in den Reihen der Volksmiliz der LVR dienen, nicht einmal nur die Vertreter der Volksmiliz selbst, sondern ihre Verwandten oder Freunde. Wir möchten die Weltöffentlichkeit aufrufen, eine rechtliche Bewertung der Handlungen des Sicherheitsdienstes der Ukraine abzugeben“, erklärte Kobzewa.

Der Soldat der Volksmiliz der LVR, Einwohner von Starobelsk Anatolij Tschernow erzählte, dass die Kiewer Truppen praktisch seine ganze Familie getötet haben – Frau, Sohn, Tochter und Enkel. Und jetzt üben sie moralischen Druck auf seine alte Mutter aus, um ihn zu zwingen, sich den ukrainischen Behörden zu stellen.

„Ich diene seit 2014, seit Mai. Ich kam freiwillig hierher, aus Überzeugung. In der Zeit meines Dienstes Anfang 2015 lebte meine Familie vollständig auf dem Territorium der Ukraine, kann man sagen. Sie wollten nicht übersiedeln, sondern blieben dort in Starobelsk. Nach meinem Weggang und der Durchführung des Referendums (am 11. Mai 2014) begann eine Jagd auf meine Familie – Verwandte, Kinder, Frau. In der Folge wurden meine Frau und mein Sohn direkt im Haus erschossen und in unbekannte Richtung fortgebracht. Die Tochter, Enkel und mein Schwager wurden ein halbes Jahr nach diesem Vorfall im Fluss Ajdar, beim Dorf Liman gefunden“, berichtete er.

„Derzeit kommen Vertreter der Ukraine zu meiner Mutter und zwingen sie zu erreichen, dass ich in die Ukraine, nach Starobelsk fahre, um zu helfen oder was auch immer. Sie überreden die Mutter, dass ich zurückkehre und in die ukrainische Armee eintrete und mir gegenüber drohen sie, mit Gewalt gegen meine Mutter vorzugehen. Ich bitte die Öffentlichkeit zu helfen und meine Mutter zu schützen, weil sie meine einzige Verwandte auf dem Territorium der Ukraine ist“, unterstrich Tschernow.

Die Soldatin der Volksmiliz der LVR Alla Michalowa bittet, ihre Tochter und ihren Enkel zu schützen, die schon vor Beginn der Kämpfe im Jahr 2014 nach Kiew umgezogen sind.

„Ich bin nach dem Willen des Schicksals und aus eigener Wahl in die Reihen der Volksmiliz eingetreten. Buchstäblich vorgestern habe ich einen Anruf meiner Tochter erhalten und sie sagte mir: Mama, mit dir wollen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine sprechen. Der Mensch stellte sich am Anfang nicht vor und warnte mich sofort, dass er vom Telefon meiner Tochter anruft, damit ich nicht denke, dass mich das Staatssicherheitsministerium überprüft, sondern dass es wirklich der Sicherheitsdienst der Ukraine ist, der anruft. Zuerst wurde mir gedroht, wenn ich nicht mit ihnen zusammenarbeite, dass dann mit meiner Tochter und meinem Enkel irgendetwas passiert. Er drohte auch, dass sie sehr lange Arme haben und mich hier erreichen können, mich und meine Mutter, die 80 Jahre alt ist“, sagte sie.

„Im Fall der Zusammenarbeit mit ihnen versprochen sie, mich über einen grünen Korridor gemeinsam mit der Mutter zur Tochter zu bringen oder sie zusammen mit dem Enkel hierher zu bringen. Man warnte mich auch, dass ich nirgendwo hingehge, niemandem etwas sage, weder Freunden noch zu einem Liebhaber, zu keinen gesellschaftlichen Organisationen, sonst wird es schlimm und es wird ein ganz anderes Gespräch mit mir geführt werden. Ich bin hierher gekommen, um um Schutz für meine Kinder zu bitten, es sind meine einzigen Verwandten, weil ich durch den Krieg Mann und Bruder verloren habe. Ich als Mutter bitte sehr darum, meinen Kindern zu helfen“, fügte Michajlowa hinzu.

Der Soldat der Volksmiliz Wladislaw Sosnowskij erzählte, dass der Sicherheitsdienst der Ukraine seine Mutter in Stschastje bedroht und auch damit droht, ihr die Wohnung wegzunehmen.

„Ich bin der Soldat der Volksmiliz Wladislaw Dmitrijewitsch Sosowskij, ich bin hierher gekommen, um mich an die Öffentlichkeit zu wenden, damit die Behörden der Ukraine und die Spezialdienste nicht meine Mutter aufgrund meiner Wahl unterdrücken. Am 23. Juli kamen zwei Personen mit Masken und Maschinengewehren zu meiner Mutter und begannen Druck auf sie auszuüben. Sie sagten, dass ich mit ihnen beginnen soll zusammenzuarbeiten, dass die Mutter in jeder Weise auf mich einwirken soll, damit ich ihnen Informationen übermittle. Die Mutter brach bei diesem Gespräch in Tränen aus, sie gaben ihr zwei Tage, sagten „Rufen Sie an, wirken Sie moralisch auf Ihren Sohn ein“. Am 27. Juli wurde die Mutter nach Stschastje im Lugansker Oblast zum Sicherheitsdienst der Ukraine „zu einem Gespräch“ bestellt, sie sagten, dass sie alles über ich wissen, wissen, dass ich hier diene, sie sagten, wenn ich nach Hause zurückkehre, dass sie mir verzeihen, mir helfen, in dieser Art. Sie sagten, dass sie andernfalls meine Wohnung in Stschastje nehmen und dort leben werden“, berichtete er über seine Situation.

Kobzewa merkte an, dass diese Fälle nur ein Teil einer großen Zahl von Fällen sind, die in Zukunft veröffentlicht werden.

„Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass die Festnahme oder Festhaltung von Personen als Geiseln ein Verbrechen nach den Normen der internationalen Konvention über die Geiselnahme ist, die von UN-Generalversammlung am 16.12.1979 angenommen wurde. Auch das Strafrechtsbuch der Ukraine sieht diesen Sachverhalt vor.“, unterstrich sie.

„Wir zählen auf die internationale Gemeinschaft und werden alle diese Fälle bekannt machen und hoffen, dass solche Handlungen der Sicherheitsdienstes der Ukraine eine entsprechend rechtliche Bewertung erfahren. Und dass die Menschen in Ruhe gelassen werden und ihr Leben nicht bedroht wird“, fügte Kobzewa hinzu.

ukrinform.ua: Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von Saakaschwili und Polizei Demonstranten haben vor dem Präsidialamt in Kiew gegen die Ausbürgerung des früheren Präsidenten Georgiens und des Gouverneurs der Region Odessa Micheil Saakaschwili protestiert. Die Aktivisten forderten eine Kopie des Dekrets des Staatschefs über die Entziehung der ukrainischen Staatsangehörigkeit von Saakaschwili.

Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstranten, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Eine Initiativgruppe mit dem Parlamentsabgeordneten Juri Derewjanko an der Spitze ging dann ins das Gebäude des Präsidialamtes.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_07/thumb_files/630_360_1501161612-9848.jpg

Dan-news.info: „Gerade wurde bekannt, dass ein ukrainischer Soldat mit einem Maschinengewehr auf das Territorium der Donezker Filterstation kam und das Feuer eröffnete. Das Personal der Station versucht Schutz suchen. Die Situation ist schwierig“, teilte der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung mit.

Es wurde erläutert, dass der bewaffnete ukrainische Soldat sich immer noch auf dem Territorium des Objekts befinden. Einzelheiten werden ermittelt.

abends:

de.sputniknews.com: Außenpolitiker zu Nadeschda Sawtschenkos Chancen auf Präsidentenamt der Ukraine

Der Vizechef des Ausschusses des russischen Oberhauses für internationale Angelegenheiten, Andrej Klimow, hat die Aussichten der ukrainischen Abgeordneten Nadeschda Sawtschenko bewertet, zur Staatspräsidentin der Ukraine gewählt zu werden.

In einem Interview mit der Online-Zeitung „Glawkom“ bestätigte Sawtschenko ihren Wunsch, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. „Ich werde (an der Präsidentschaftswahl — Anm. d. Red.) teilnehmen, und wie es weitergeht, wird sich zeigen“, sagte sie.

Um ihre Kandidatur aber anzumelden, brauche sie 2,5 Millionen Griwna (umgerechnet etwa 82.000 Euro). „Eine Stiftung wird eröffnet, und ich sage aufrichtig: Ich sammle Geld für meine Präsidentschaft“, erläuterte Sawtschenko.

Sawtschenkos Initiative, für den Posten der Staatsefin zu kandidieren, sei entweder auf ihren Versuch der Selbstverwirklichung zurückzuführen oder darauf, dass jemand versuche, „irgendwelche politische Kombination mit ihren Händen umzusetzen“, sagte der Vizechef des Ausschusses des russischen Oberhauses für internationale Angelegenheiten, Andrej Klimow, gegenüber dem TV-Sender RT am Donnerstag.

Dabei wertete er die Chancen von Sawtschenko, gewählt zu werden, als „nahezu Null“.

Sawtschenkos Karriere habe auf dem Grundsatz beruht, Russland sei ein Feind der Ukraine, erläuterte Klimow. Weder Leute, die der Bruderschaft des ukrainischen und des russischen Volkes treu bleiben würden, noch die Anhänger der extrem nationalistischen Positionen würden sie bei der Präsidentschaftswahl unterstützen, denn Letztere sähen sie als Verräterin, die sich für einen direkten Dialog zwischen dem Donbass und Kiew einsetze. Zudem habe sich die ehemalige Kampfpilotin während ihrer Amtszeit als Abgeordnete von der politischen Elite des Landes ziemlich unbeliebt gemacht, hob Klimow hervor. Deshalb sei es wahrscheinlich, dass sie noch vor dem Beginn der Wahlkampagne auf eine oder andere Weise beseitigt werden könne.

Es sei offensichtlich gewesen, dass Sawtschenko zum „Kopfschmerz“ für das heutige Regime in Kiew werden würde, so Klimow. Die Kiewer Machthaber hätten gehofft, Sawtschenko würde auch weiter in einer russischen Strafanstalt bleiben. Nachdem Russland sie aber begnadigt habe, sei die ukrainische Staatsmacht jedoch gezwungen, mit Sawtschenko zu arbeiten.

„Ich schließe nicht einmal die härtesten Szenarien in Bezug auf diese Frau aus, denn es gibt genug Draufgänger auch in der Ukraine“, warnte Klimow. Das Kiewer Regime werde Sawtschenko entweder verleumden oder „mit durchaus juristischen Mitteln wegdrängen“. „Ihre heutige politische Klasse will auf jeden Fall keine ‚Geschenke‘ dieser Art“, resümierte er. Die ukrainische Kampfpilotin Nadescha Sawtschenko hatte 2014 als Mitglied des rechtsextremen Bataillons Aidar gegen die Volksmilizen im Donbass gekämpft. Sie wurde in Russland verhaftet und von einem russischen Gericht der Beihilfe zur Ermordung von zwei russischen Journalisten schuldig gesprochen. Am 25. Mai 2016 wurde die zu 22 Jahren Haft verurteilte Ukrainerin von Russlands Präsident Waldimir Putin begnadigt; sie kehrte noch am selben Tag nach Kiew zurück.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31023/71/310237123.jpg>

Lug-info.com: „Am 25. Juli ging bei der Hotline des Innenministeriums der LVR eine Mitteilung von einem derzeitigen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine ein. Im Rahmen des Programms des Innenministeriums der LVR zur Zahlung für Informationen über Verbrecher der ukrainischen Straftruppen berichtete der Vertreter des Kiewer Spezialdienstes, dass der Terrorakt am 23. April gegen Vertreter der OSZE-Mission im Gebiet von Prischib vorsätzlich und nach einem Plan des Sicherheitsdienstes der Ukraine erfolgte“, teilte das Innenministerium der LVR mit.

„Das haben wir alles ausgedacht und geplant. Und das „Futter“ aus der „Achten“ (8. Regiment der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte) waren einfache Ausführende, denen ihr Ziel vorgegeben wurde“, berichtete der Anrufer.

Als Bestätigung dafür, dass die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine tatsächlich über Informationen über die Bewegung der Vertreter der OSZE-Mission verfügten, teilte der Anrufer ihre Strecken und Zeitpläne genau mit...

„Wir verfolgen auch das Rote Kreuz. Wir wissen genau: wer, wohin, wann, warum und womit fährt. Sie fahren hauptsächlich aus Slawjansk und Sewerodonezk“, sagte der Anrufer. Es folgen genaue Angaben....

de.sputniknews.com: Russische Pranker veräppeln US-Energieminister – wen noch? - INTERVIEW

Der US-Energieminister Rick Perry ist jüngst auf die russischen Pranker Wowan und Lexus reingefallen, der Chef des US-Kohleförderers XCoal heute auch. Wer ist den beiden Scherzkeksen noch auf den Leim gegangen? Und warum hört man eigentlich so wenig von den beiden Russen in den Medien?

Böse Absichten hegen die beiden Pranker Wowan und Lexus eigentlich nicht. Vom US-Energieminister wollten sie zum Beispiel „Informationen über die neuen Sanktionen gegen Russland“ erhalten, „ganz besonders über die Sanktionen zu Nord Stream 2“, sagt Alexej Stoljarow aka Lexus in einem Sputnik-Interview.

Dieses Ziel haben die Beiden nur ansatzweise erreicht: „Wenn ich das richtig verstanden habe, wird Trump kein Veto gegen die Sanktionen einlegen“, sagte Lexus. Andere relevante oder gar geheime Informationen konnten die beiden Pranker aus dem Minister nicht herauskitzeln. Auch in Ukraine-Fragen schien der US-Politiker inkompetent zu sein: „Er weiß nicht, welchen Preis die Ukraine für die Steinkohle aus den USA wird zahlen müssen oder heute schon zahlt“, sagte Lexus. „Er hat uns geraten, mit dem XCoal-Chef zu sprechen.“ Und dieses Gespräch hat heute erst stattgefunden.

Andere Fake-Anrufe der beiden Russen waren ergiebiger – ohne Scherz. So sprach einst Elton John ganze 20 Minuten mit „Wladimir Putin“ und erklärte danach auf Instagram, es sei der wichtigste Tag in seinem Leben gewesen. Das mag der Tag wohl auch gewesen sein – bis der echte Wladimir Putin beim britischen Sänger angerufen und ihn aufgeklärt hat, dass dieser auf Wowan und Lexus reingefallen war.

„Wir haben auch andere lustige Leute angerufen: Den Nato-Generalsekretär zum Beispiel oder auch Erdogan“, sagte Stoljarow.

Bei so viel Engagement müssten doch die Medien darauf aufmerksam werden, oder? „Nein. Die US-Medien zum Beispiel versuchen unsere Anrufe immer totzuschweigen.

Wahrscheinlich wollen die nicht, dass ihre Politiker so dumm dastehen. Hat dich jemand gehackt, kann man darüber reden, weil Hacking illegal ist und Hacker sind böse. Aber wenn du zum Narren gehalten wirst, bist du halt der Narr, und nicht der Andere“, so Lexus.